

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

28. Mai 1957

133/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. P f e i f e r , K a n d u t s c h , Dr. G r e d l e r und
Genossen

an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend Abänderung der ehemalige Nationalsozialisten diskriminierenden
Bestimmungen des § 500 ASVG.

-.-.-.-

Die gefertigten Abgeordneten haben in obgenannter Angelegenheit am
23. 1. 1957 die Anfrage 66/J an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung
eingebracht. Diese Anfrage blieb leider bisher unbeantwortet. Seither ist aber
die NS-Amnestie 1957 beschlossen worden und in Kraft getreten. Durch diese
sollte nach wiederholten Erklärungen die Gleichberechtigung aller Staatsbürger
wiederhergestellt werden. Sie ist es aber noch keineswegs.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher unter Hinweis auf § 65 C der
Geschäftsordnung an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, unsere Anfrage 66/J vom 23. 1. 1957
zu beantworten?

-.-.-.-